



# inform

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

## Mehr Geld für Kitas, Blinde und Verbraucherschutz

SPD-FRAKTION WILL ÄNDERUNGEN BEIM DOPPELHAUSHALT

**Die Landesregierung will beim Doppelhaushalt 2006/2007 massiv im sozialen Bereich sparen: Die SPD-Fraktion hält dagegen, ohne die Neuverschuldung zu erhöhen. Auch die Kommunen sollen besser gestellt werden.**

Zwei Tage lang zerbrachen sich die Abgeordneten auf einer Klausur die Köpfe, wie die von der Regierung beabsichtigten Kürzungen im sensiblen sozialen Bereich aufgehoben werden können. Zum Schluss wurden der Öffentlichkeit Änderungsvorschläge im Umfang von 364 Millionen Euro präsentiert - und zwar ohne eine Erhöhung der so genannten Nettoneuverschuldung. Umschichtungen (163 Millionen Euro) sowie die Annahme, dass die Regierung mehr Geld einnimmt als im eigenen Haushaltsentwurf vorgesehen (Ansatz der SPD-Fraktion: 200 Millionen Euro), machten die Änderungen möglich. Ihren Optimismus, was die Einnahmesituation angeht, begründete die Fraktion mit den von der großen Koalition in Berlin beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen.

Insgesamt versuchte die Fraktion, die nach der Methode „Rasenmäher“ vorgenommenen Kürzungen der Regierung Althaus in wichtigen Punkten zu korrigieren. „Die Stärkung der Bereiche Bildung, Familie und Forschung, die Sicherung von Beratungsstrukturen sowie die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung und im Bereich Tourismus



Christoph Matschie

sind deshalb Schwerpunkt für die Sozialdemokraten bei ihren Nachbesserungen“, so Dr. Werner Piddé, der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Die von der Fraktion erwarteten steuerlichen Mehreinnahmen in den kommenden beiden Jahren sollen auch beim kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden - in den zurückliegenden Monaten eines der Reizwörter zwischen Regierung und Kommunen. Die daraus resultierende Erhöhung der Finanzausgleichsmasse, so der Vorschlag der SPD-Fraktion, soll für eine drastische Erhöhung der Investitionspauschale verwendet werden. Komplette zurücknehmen sollte die Regierung Althaus, wie schon oft gefordert, die hoch umstrittene Familienoffensive.

„Der jetzige Haushaltsentwurf der Regierung zeigt die ganze Konzeptlosigkeit der Thüringer Landesregierung“, so SPD-Fraktionschef Matschie. Während bei Kindergärten, Verbraucherberatung und Forschung gekürzt werde, fließen weiter Steuergelder in die Subventionierung von Fluglinien und in die Spielbank. Das sei für Sozialdemokraten nicht akzeptabel, so Matschie.

## Althaus und die CDU lähmen das Land

Zweieinhalb Jahre Dieter Althaus: Thüringen hat sich unter seiner Führung zum Nachteil der Bürger verändert.

Die Liste der Negativnachrichten für den Freistaat ist lang: Der verkorkste Haushalt, der wieder nicht ohne gigantische Neuverschuldung auskommt; die Kürzungen bei den Kommunen, in der Bildung und bei den Kindergärten; das drohende Wegbrechen der sozialen Infrastruktur im Freistaat - für all das sind Dieter Althaus und die Thüringer CDU verantwortlich.

Trotz der desolaten Haushaltslage weigert sich der Regierungschef konsequent, eine Verwaltungs- und Gebietsreform in Angriff zu nehmen. Das Fehlen eines solchen Konzeptes hält die Landesregierung dennoch nicht davon ab, Ämter und Behörden nach Gutdünken hin- und herzuschieben und einige sogar ganz zu schließen, ungeachtet der Warnungen sogar aus den eigenen Reihen. Erst kürzlich machte eine Riege von CDU-Bürgermeistern ihrem Ärger über eine „arrogante“ und „niederträchtige“ Politik ungewöhnlich lautstark und deutlich Luft.

Ich bin überzeugt, unser Land könnte besser dastehen. Es gibt kluge Köpfe und Ideen genug. Wir wollen auch im kommenden Jahr daran arbeiten, dass sie stärker zur Geltung kommen.

CHRISTOPH MATSCHIE

Vorsitzender der SPD-Fraktion  
im Thüringer Landtag

Alle guten Wünsche  
für das Jahr 2006!

# 2005

EINE RÜCKSCHAU IN BILDERN

## Demonstrationen, Promis und Außentermine



Selten hat sich so viel Politik wie im zurückliegenden Jahr vor den Türen des Thüringer Landtags in Erfurt abgespielt: Behinderte, Kinder, Eltern, Erzieher, blinde Menschen und Beamte haben ihrem Frust über die Politik von Thüringens Regierungschef Althaus un-

überhörbar Luft gemacht. Drinnen saßen die Politiker in der Plenartagung, draußen sammelte sich das Volk, um gegen einen unsozialen, von Kürzungen ohne Sinn und Augenmaß geprägten Politikstil der CDU-Regierung und fragwürdige Gesetzesinitiativen Flagge zu zeigen.

Ihre Stimme stets erhoben haben auch die Abgeordneten der SPD-Fraktion: Sowohl als Redner bei den Demonstrationen vor dem Landtag als auch beim Naziaufmarsch im Frühsommer in Erfurt. Dennoch blieb genug Zeit, Gäste zu empfangen. Und für Termine im Freistaat.



Kamen am Rand der Demonstration gegen die geplante Kommunalisierung der Grundschulhorte ins Gespräch: Christoph Matschie (vorne links) und ver.di-Chef Thomas Voss.



Hunderterte Beamte aus Thüringen demonstrierten gegen Kürzungen beim Weihnachtsgeld und schlechtere Arbeitsbedingungen. Der SPD-Arbeitsmarktpolitiker Walter Pilger schloss sich dem Protest an.

### EINE CHRONIK

**JANUAR:** Nach der überstürzten Sperrung des Flughafens Altenburg Nobitz kurz vor Weihnachten 2004 wegen angeblicher Sicherheitsmängel warnt der SPD-Wirtschaftspolitiker Schubert vor enormen wirtschaftlichen Auswirkungen und einem massiven Imageschaden für den Flughafen.

**FEBRUAR:** 70 000 Thüringer Eltern haben gegen die von der Landesregierung geplante Kommunalisierung der Grundschulhorte mit ihrer Unterschrift protestiert.

**MÄRZ:** Die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, Antje Ehrlich-Strathausen, attackiert anlässlich des 8. März die Landesfrauenbeauftragte der CDU

scharf. Ahrenhövel unternehme nichts für eine Verbesserung der Situation der Frauen in Thüringen.

**APRIL:** Zum Thema im Innenausschuss macht der SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel den tragischen Tod eines Mannes in Südthüringen. Der Mann, der auf Polizeianweisung gehandelt hatte, war bei der Errichtung ei-

ner LKW-Sperre ums Leben gekommen.

**MAI:** Thüringen verschenkt durch massive Defizite bei der Steuerprüfung Millionen, kritisiert der Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde.

**JUNI:** Unabwägbar finanzielle Risiken für das Land kritisiert der Wirtschaftspolitiker Hart-

mut Schubert unmittelbar vor der Unterzeichnung des Vertrages für die Erfurter Spielbank. Seit Dezember 2004 existiert ein Untersuchungsausschuss, der die Verschwendung von Fördermitteln - unter anderem bei der Erfurter Spielbank - aufdecken soll.

**JULI:** Zum wiederholten Male fordert Christoph Matschie



Unkonventioneller Protest von Heiko Gentzel gegen einen Aufmarsch von Neonazis in Erfurt im Juni.



Menschen aller Altersgruppen machten sich nach Erfurt auf, um gegen die Politik der Althaus-Regierung ein Zeichen zu setzen.

## ZU GAST BEI DER SPD-FRAKTION



„Auslaufmodell Staat?": Dr. Erhard Eppler (Mitte) referierte im Oktober bei „Bildung 21“.



Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (rechts) war zu Gast beim Jahresempfang der SPD-Fraktion.

Kurskorrekturen bei der Familienförderung und bei der Behördenreform. Es handelte sich um zentrale Vorhaben der Landesregierung.

**SEPTEMBER:** Die Familienpolitikerin Birgit Pelke ruft zur Demonstration gegen das Familienförderungsgesetz vor dem Landtag auf. Als Mitglied eines Bündnisses von Parteien, Gewerkschaften

und Verbänden nimmt auch die SPD-Fraktion teil.

**OKTOBER:** 5000 blinde Menschen demonstrieren in Erfurt gegen die von der Regierung geplante Abschaffung des Blindengeldes. Die SPD-Fraktion kritisiert die Pläne als ungerecht und unsozial.

**NOVEMBER:** Die Tourismuspolitikerin Doht befürchtet Schaden

für das Weltkulturerbe Wartburg wegen der Errichtung eines sogenannten Windparks bei Marksuhl.

**DEZEMBER:** Gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet die Regierung Althaus ihre so genannte Familienoffensive. Die SPD-Fraktion warnt erneut vor katastrophalen Auswirkungen auf die Kindergartenlandschaft.

## Nah dran an den Problemen



Bei eisiger Kälte protestierten Vertreter der Gewerkschaft der Polizei gegen Kürzungen beim Weihnachtsgeld. Mit dabei: Heike Taubert, Birgit Pelke und Andreas Bausewein.



Termin in Rositz: Hartmut Schubert und Dagmar Becker informieren sich über die Sanierung des berühmten Teersees.

## „Familienoffensive“: Volksbegehren in Vorbereitung



Die SPD-Fraktion unterstützt als Mitglied des „Aktionsbündnisses gegen die Familienoffensive“ ein geplantes Volksbegehren gegen das umstrittene Gesetz der Regierung Althaus. Das „Thüringer Familienfördergesetz“ wurde gegen die Stimmen der Opposition im Plenum am 8. Dezember auf den Weg gebracht.

Ab Januar will das Bündnis an einem eigenen Gesetzentwurf arbeiten, wozu jetzt ein juristischer Beirat aufgestellt werden soll. Dem Aktionsbündnis gehören neben

der SPD die Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft (GEW) und ver.di, die PDS, die Grünen sowie mehrere Verbände an. Wie die Oppositionsparteien befürchtet auch das Aktionsbündnis steigende Elternbeiträge in den Kindertagesstätten, eine schlechtere Betreuung der Kinder sowie die Schließung von kleinen Einrichtungen. Die geplanten Kürzungen bei den Tagesstätten und das Elterngeld in dieser Form lehnt das Bündnis ebenfalls ab.

## Gentzel: Katastrophenschutz gehört in Landesverantwortung

Den Streit um die Gefährdungsanalyse des Freistaates zwischen dem Thüringer Feuerwehrverband und der Landesregierung will SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel beenden. "Das Theater um die notwendige fachlich fundierte Analyse muss ein Ende haben. Die Untersuchung gehört auf den Tisch des Innenausschusses und in die Hände der Feuerwehrexperthen, um gemeinsam die beste Lösung zu finden", meint Heiko Gentzel.

Die Zuständigkeit für den Katastrophenschutz in Thüringen soll nach Ansicht von Gentzel von den Landkreisen in die Verantwortung des Landes übertragen werden. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion kritisiert die ablehnende

Haltung der Landesregierung dazu.

Die SPD-Fraktion sieht sich mit ihrer Forderung in Übereinstimmung mit den Experten vom Thüringer Feuerwehrverband. Der Verband hatte in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf die fachliche Begründung der Landesregierung als „nicht nachvollziehbar bzw. nicht haltbar“ zurückgewiesen. Kritisiert hatte der Feuerwehrverband zudem, dass es in Thüringen eine Gefährdungsabschätzung - wie sie bundesweit üblich sei - nicht gibt. Die vom Freistaat durchgeführte Abschätzung von Gefährdungen hält der Feuerwehrverband für „unrealistisch“. Vielmehr sei zu befürchten, dass „wichtige Gefahrenszenarien bewusst ausgeblendet wurden“.

### Weiter viel zu wenige Lehrstellen

Keine Zeichen für Entspannung auf dem Thüringer Ausbildungsstellenmarkt sieht Andreas Bausewein. Der Sprecher für Berufsausbildung beklagt, dass immer noch viele junge Leute ohne Lehrstelle dastünden - trotz Meldungen, dass der Ausbildungspakt in Thüringen in diesem Jahr von der Wirtschaft erfüllt worden sei. Zwar seien in der Tat über 16 700 Lehrstellen zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt hätten sich aber in diesem Ausbildungsjahr über 30 000 junge Frauen und Männer um einen Ausbildungsplatz beworben. „Wo ist von den übrig gebliebenen 15 000 jungen Menschen die Rede?“, fragt er.

### Weihnachtsfeier für Kinder in sozialem Brennpunkt

Es ist mittlerweile schon Tradition, dass die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag für Kinder aus armen Familien eine Weihnachtsfeier ausrichtet. Mit ihrer diesjährigen Aktion unterstützte die Fraktion die Arbeit des Erfurter Vereins „Mit Menschen e.V.“ - eines Vereins, der vor allem in Erfurt Nord, einem sozialen Brennpunkt der Stadt, tätig ist. Dieser Stadtteil ist durch eine hohe Arbeitslosigkeit und Armut geprägt.

Am 14. Dezember besuchten Abgeordnete der Fraktion das Stadtteilzentrum in der Moskauer Straße. Dort trafen sie 33 Kinder im Alter von 2 bis 15 Jahren aus überwiegend kinderreichen Familien. Birgit Pelke, Andreas Bausewein sowie Antje Ehrlich-Strathausen verteilten Geschenke. Birgit Pelke las außerdem eine Weihnachtsgeschichte vor.

### IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17  
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Satz: GUM-Werbung, Erfurt; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt  
Redaktionsschluss: 14.12.2005

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!